

11.12.2009 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6314/18

1994-03-21

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betrifft den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds

Im Rahmen der Insolvenz der PWA-Hallein wurde der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales verwaltete Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds (LAG-Fonds) massiv in Anspruch genommen. Die Mitarbeiter der Hallein Papier AG werden von diesem Fonds rund 500 Millionen Schilling erhalten, der Großteil davon wurde bereits ausbezahlt.

Dem Fonds wird trotz der zurückzuzahlenden Ausgleichsquote von 40 Prozent ein Nettoaufwand von mindestens 300 Millionen erwachsen. Dies muß sich für den LAG-Fonds, der von den österreichischen Arbeitgebern mit jährlich rund einer Milliarde Schilling gespeist wird und bis dato schon mehrere Milliarden Schilling Defizit angehäuft hat, verheerend auswirken!

Umso mehr, wenn man bedenkt, daß bisher im Jahresschnitt in Salzburg nur 50 bis 80 Millionen Schilling an LAG-Fondsgeldern ausbezahlt wurden.

Im Fall der PWA werden mit den 300 Millionen Schilling Fondsgeldern die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von der Ausgleichseröffnung im März 93 bis zum Ende der Kündigungsfrist (in den meisten Fällen Ende Juni 93) bezahlt, und zwar bis zu der gesetzlich festgelegten Höhe von monatlich 67.200 Schilling netto! Neben anfallenden Urlaubsansprüchen wurden aber auch noch Abfertigungen für alle Mitarbeiter fällig, von welchen ein Großteil am 1. Juli in der "neuen" Hallein Papier GmbH wieder angestellt wurde. Eigentümer des derart sanierten Papierwerkes blieb der deutsche PWA-Konzern.

Umgerechnet auf den einzelnen Mitarbeiter erhält im statistischen Schnitt jeder von ihnen fast 500.000 Schilling, Spitzenreiter kamen auf über eine Million.

Wie angesichts dieser Tatsachen der schwer defizitäre Fonds saniert werden soll und zu wessen Lasten die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen gehen soll, ist unklar.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

ANFRAGE

1. Wie groß ist das Defizit des IAG-Fonds derzeit insgesamt und wie hoch waren die jährlichen Defizite in den letzten Jahren jeweils?
2. Wer sind die Kreditgeber für die Finanzierung dieses Abganges?
3. Welcher Betrag wird von den österreichischen Unternehmen jährlich insgesamt in diesen Fonds eingezahlt?
4. Welchen absoluten und verhältnismäßigen Anteil an dieser Speisung tragen die kleinen und mittleren Unternehmen und welchen die Großunternehmen, wie die PWA?
5. Welchen Prozentsatz an Auszahlungen des IAG-Fonds erhalten Dienstnehmer von insolventen Klein- und Mittelbetrieben im Vergleich zu denen von Großbetrieben?
6. Sind Sie der Meinung, daß angesichts der momentanen Welle von Insolvenzen die durch das Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1993 herbeigeführten Änderungen (laufendes Entgelt ab Konkurs- bzw. Ausgleichseröffnung immer Masse- bzw. bevorrechtete Forderung und damit dem IAG-Fonds zu 100 % zu ersetzen) ausreichen, um den IAG-Fonds auf Dauer zu sanieren und finanzieren zu können und wie begründen Sie das?
7. Falls nein, welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den IAG-Fonds zu entschulden und seine Finanzierung für die Zukunft zu sichern?
8. Sind Beitragserhöhungen für Unternehmen geplant und wenn ja in welchem Ausmaß?
9. Sind auch Einschränkungen der Leistungen des IAG-Fonds an die Dienstnehmer geplant, die über die Bestimmungen des Insolvenzrechtsänderungsgesetzes 1993 hinausgehen?